



Wir berichten, was andere verschweigen.

www.kpoe-steiermark.at  
**Steirische  
Volksstimme**

Landtags-Infoblatt der KPÖ – Sitzungen 24.4.2012 und 15.5.2012

# Aus dem steirischen Landtag

**KPÖ** informiert aus erster Hand



## KPÖ fordert „GAME OVER“ für Glücksspiel im Land

**Klimt-Weithaler kritisiert gemeinsam mit Betroffenen Untätigkeit von SPÖ und ÖVP**

*Der Widerstand gegen das so genannte „Kleine Glücksspiel“ wird immer größer. Seit 2005 kämpft die KPÖ in der Steiermark gegen die Geschäftemacherei mit der Spielsucht. Während in Wien ein Verbot beschlossen wurde und sich die SPÖ-Mitglieder in der Steiermark für einen Ausstieg aus dem Automatenpiel ausgesprochen haben, schiebt die SPÖ im Landtag das Thema erneut auf die lange Bank. Das kritisierte KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler im Rahmen einer Pressekonferenz zum Thema Spielsucht.*

Zwei Anträge der KPÖ, die mit den Forderungen des SPÖ-Parteitags übereinstimmen, wurden am 17. April mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP in jenen Ausschuss verschoben, der schon in den vergangenen Jahren kaum Fortschritte erzielt hat. Die KPÖ fordert die SPÖ auf, zu ihrem Beschluss zu stehen und der Spielsucht in der Steiermark den Kampf anzusagen.

Auf der Pressekonferenz meldeten sich auch Peter Scheibengraf, ehemaliger Mitarbeiter im Landesjugendreferat und im Forum Politische Bildung zu Wort. Scheibengraf engagiert sich seit Jahren gegen die Geschäftemacherei mit Spielsüchtigen. Er wies darauf hin, dass es in der Steiermark möglich ist, ist 15 Se-

kunden 100 Euro zu verspielen. Das habe mit „Kleinem Glücksspiel“ nichts mehr zu tun. Auch der Jugendschutz funktioniere nicht, Unter-18jährige könnten in vielen Lokalen ungestört spielen.

Herr W. war vor vielen Jahren Millionär, dann ist er der Spielsucht verfallen. „Heute könnte ich mit meiner Familie in einem schönen Haus leben. Tatsächlich folgte auf die Spielsucht die Scheidung, ich lebe nun in einer 36-m<sup>2</sup>-Wohnung, bin gesundheitlich angeschlagen und weiß nicht einmal, wie ich meine Miete bezahlen soll. Obwohl die Automatenbetreiber von meinem Problem wussten, wurde ich immer wieder animiert, mein Geld zu verspielen. Ein Spielsüchtiger kann in solchen Momenten nicht vernünftig entscheiden. Ich kenne einige, die sich selbst aufgegeben haben oder sogar aus dem 10. Stock gesprungen sind. Ich kämpfe aber dafür, dass ich noch eine Chance im Leben bekomme.“

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Es ist enttäuschend, dass die SPÖ dem Wunsch ihrer eigenen Basis, endlich aus dem Glücksspiel auszusteigen, gestern wieder nicht gefolgt ist. Die Abstimmung am SPÖ-Parteitag war offenbar nur ein Täuschungsmanöver. Im Ausschuss wurden alle Argumente immer wieder ausdiskutiert. Jeden Tag werden Existenzen vernichtet, weil sich manche Politikerinnen und Politiker nicht zu einer klaren Haltung durchringen kön-



**Peter Scheibengraf, Herr W. und Claudia Klimt-Weithaler bei der Pressekonferenz am 18. April 2012 zum Thema Spielsucht: „Den Glücksspielkonzernen endlich die Freundschaft aufkündigen!“**

nen. Wir fordern die SPÖ auf, den Glücksspielkonzernen endlich die Freundschaft aufzukündigen und im Interesse der betroffenen Familien zu handeln!“ Zur Ausgangslage: In keinem anderen Bundesland gibt es eine so hohe Dichte an Automaten und so viele von der Spielsucht Betroffene. Der letzte Suchtbericht des Landes aus dem Jahr 2008, der sich mit der Thematik auseinandersetzt, spricht von 60-80.000 direkt oder indirekt Betroffenen nur in der Steiermark.

Alle Initiativen zur Abschaffung oder Zurückdrängung der Spielautomaten scheiterten bisher am Widerstand von SPÖ und ÖVP. Das wiederholt als „Lex Novomatic“ bezeichnete neue Bundesgesetz wurde von der SPÖ mitgetragen. Die durch das neue Gesetz stark erhöhten Einsätze und Gewinnmöglichkeiten machen das Problem deutlich größer und werden Spielsüchtige in noch kürzerer Zeit in den Ruin treiben.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA  
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber



# Umweltzone ist wirkungslos und ungerecht!

## Klimt-Weithaler: „Maßnahme dient nicht der Umwelt, sondern ausschließlich der Autoindustrie“

Die Feinstaubsituation in der Steiermark und speziell in Graz ist gesundheitsgefährdend. Die Situation muss durch konkrete Maßnahmen verbessert werden. Die so genannte „Umweltzone“ ist aber keine Lösung, da sie die Luftqualität nicht nennenswert verbessern kann, dafür aber tausende Menschen vor gewaltige Probleme stellen werde. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler erinnerte daran, dass sich die KPÖ schon 2010 eindeutig gegen diese Pläne ausgesprochen hatte. „Wir bleiben natürlich bei dieser Haltung. Die ‚Umweltzone‘ trifft nur jene, die sich nicht alle paar Jahre ein neues Auto kaufen können. Wer hingegen seinen alten, sparsamen Diesel-PKW gegen einen neuen, PS-starken Benzinfräser austauscht, darf damit ohne Ein-

schränkungen fahren, egal, wie die Schadstoffwerte ausschauen. Daran kann man schon erkennen, wem diese Maßnahme wirklich dient: ausschließlich der Automobilindustrie, aber nicht der Luftqualität.“ Auch die Klimaziele des Landes werden ad absurdum geführt, wenn die Steirerinnen und Steirer, die es sich überhaupt noch leisten können, zum Kauf neuer Autos gezwungen werden. Claudia Klimt-Weithaler: „Es hilft nichts, wenn sich die politisch Verantwortlichen streiten, wer für welche Maßnahmen zuständig sein könnte. Nachdem der Verkehrslandesrat und die Grazer Verkehrsrätin nicht in der Lage sind, sich auf eine Lösung zu einigen, müssen der Landtag und die Gemeinderäte der betroffenen Kommunen han-

deln. Es muss sichergestellt sein, dass die Betroffenen ohne finanzielle Nachteile mobil bleiben können.“

Die KPÖ hat deshalb Ende 2011 im Landtag vorgeschlagen, an Feinstaubalarmtagen ein gestaffeltes Fahrverbot für alle Kraftfahrzeuge, abwechselnd für „gerade“ und „ungerade“ Nummerntafeln, zu verhängen. Gleichzeitig muss an diesen Ta-



gen die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel im steirischen Verkehrsverbund kostenlos angeboten werden.

## „Stabilitätspakt“ vertieft Spaltung der Gesellschaft

### Klimt-Weithaler: „Keine Abkehr vom Verschuldungs-, sondern vom Sozialstaat“

Mit viel Getöse wurde am 2. Mai der so genannte Stabilitätspakt vereinbart. Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, bezeichnete diesen Beschluss als endgültige Kapitulation der Politik vor den Kapitalmärkten. Da auf Einnahmen durch Besteuerung von Vermögen und Finanztransaktionen verzichtet wird, liegt die künftige Gestaltung des Bildungswesens, des Gesundheits- und Sozialbereichs nicht mehr in den Händen der demokratisch gewählten MandatarInnen in Bund, Ländern und Gemeinden, sondern bei Banken und Ratingagenturen.

Das gesamte Paket ist eine riesige Mogelpackung, so die KPÖ-Sprecherin: Gemeinden und Länder wurden durch die Privatisierungspolitik der letzten Jahre systematisch ausgehungert und haben nur mehr wenige Möglichkeiten, selbst Einnahmen zu generieren. Die Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, wachsen jedoch ständig, sei es durch Bundesgesetze, durch Vorgaben der EU oder auch durch gesellschaftliche und demografische Entwicklungen. Die einzige Möglichkeit, ohne eine soziale Veränderung des Steuersystems ausgeglichen zu bilanzieren, werde im Kürzen von Leistungen, die einer demokratischen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Gesellschaft dienen, gesehen. Dabei

wären Investitionen gerade jetzt nötig, um einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern und Wachstum zu ermöglichen, z.B. im Bereich der Bildung und der Sozialwirtschaft. Klimt-Weithaler: „Mit dem Stabilitätspakt verzichtet die Politik auf ihre demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten und lässt sich dafür feiern, Demokratie und Mitbestimmung an die Kapitalmärkte verkauft zu haben. Das wird die Spaltung der Gesellschaft vertiefen und auch zu einer ökonomischen Destabilisierung führen. Schon jetzt herrscht in vielen EU-Staaten eine Atmosphäre von Frustration und Hoffnungslosigkeit.“

Dass der steirische Landeshauptmann Voves diesen Kniefall als „guten Tag“ bezeichnet, mache deutlich, in wessen Interesse die Führung der sozialdemokratischen Partei agiert, so die KPÖ-Mandatarin: „In der Steiermark hat die Bevölkerung diese von der Europäischen Zentralbank ferngesteuerten Politik schon kennengelernt. Ob Familien-, Gesundheits-, Bildungs-, Frauen-, Umwelt- oder Sozialpolitik, die Landesregierung hat jegliche Initiative, das Leben zu verbessern, aufgegeben. Man darf nicht vergessen, dass LH Voves die Entscheidungen über die Zukunft der Steiermark nach eigenen Aussagen lieber nach Brüssel verlagern möchte.“

## KPÖ fordert Aufklärung von Komptech-Förderungen

### LABg. Werner Murgg: Verquickungen wurden im Oktober 2011 im Landtag thematisiert

Laut Medienberichten sind Vergabe und Kontrolle bei der im Bereich der Abfallwirtschaft tätigen Firma Komptech nicht klar getrennt. Der Komptech-Aufsichtsrat Josef Heissenberger ist gleichzeitig Vorsitzender im Gesellschafterausschuss der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes (SFG). KPÖ-Kontrollsprecher LABg. Werner Murgg: „Durch diese Verquickung erhalten die Förderungen und Beteiligungen des Landes eine politische Dimension, die dringend aufklärungsbedürftig ist. Wirtschaftslandesrat Buchmann selbst hat im Jänner 2011 vorgeschlagen, Heissenberger zum Gesellschafter der SFG zu machen. Die KPÖ hat das im Oktober 2011 im Landtag kritisiert und gegen diese Konstruktion gestimmt. Es ist erfreulich, dass diese Vorgänge nun öffentlich thematisiert werden.“ Schon am 14. März 2006 be-

schlossen SPÖ und ÖVP im Landtag gegen die Stimmen der KPÖ eine stille Beteiligung der Steirischen Beteiligungsfinanzierungs GmbH am Komptech-Gesellschafter „Heissenberger & Pretzler Beteiligungs GmbH“ in Höhe von 1,25 Millionen Euro. Am 19. August 2011 erfolgte eine erneute stille Beteiligung, diesmal flossen 1,5 Mio. Euro. Einen strategischen Nutzen kann das Land Steiermark aufgrund dieser Beteiligungsform aus der Investition nicht ziehen. Die KPÖ verlangt von Landesrat Buchmann nun eine Aufstellung aller Beteiligungen und Förderungen im Zusammenhang mit Komptech und anderen Firmen, an denen Josef Heissenberger beteiligt ist.





# Beratungsverträge: Offenlegung und Aufhebung des Maulkorbes beschlossen

## KPÖ-Kontrollsprecher Murgg: Es geht um 25 Millionen Euro!

In der Sitzung des Kontrollausschusses des steirischen Landtages am 15. Mai wurde auf Antrag des Vorsitzenden, KPÖ-LAbg. Werner Murgg, einstimmig die Aufhebung des Maulkorbes beschlossen. Dieser sollte verhindern, dass Details über Beratungsleistungen in der Höhe von insgesamt fast 25 Mio. Euro an die Öffentlichkeit kommen. Aufgrund des öffentlichen Druckes mussten ÖVP und SPÖ einen Rückzieher machen und legen in der nächsten Sitzung am 12. Juni die Liste aller Beratungsverträge vor. Dieser Schritt war aus Sicht der KPÖ lange fällig. „Die Geheimhaltungstaktik von SPÖ und ÖVP hat die Offenlegung monatelang verzögert, sie wird aber letztlich nicht zu verhindern sein. Das Grundproblem bleibt dennoch bestehen: Es gibt nach wie vor keine Regelung für die Vergabe von Beratungs-

aufträgen, auch keine finanzielle Limitierung und die Auftraggeber in der Regierung müssen nicht begründen, warum die Leistungen nicht von der Landesverwaltung erbracht werden können.“

### Die Vorgeschichte

Der Landesrechnungshof hat 500 Aufträge an Beratungs- bzw. Consultingfirmen geprüft und ist dabei auf eine gigantische Geldverschwendung, undurchsichtige Vergabepraktiken und „übersehene Aufträge“ gestoßen. Das Gesamtvolumen der Aufträge beträgt fast 25 Millionen Euro! Das ist immerhin ein Drittel dessen, was das Land an Landesabgaben insgesamt einnimmt.

In Bund, Land und auch in einigen steirischen Kommunen hat sich im vergangenen Jahrzehnt ein Dschungel an Berater- und Consultingfirmen entwickelt,

der immer mehr Geld verschlingt. Die Sinnhaftigkeit der Vergabe von Aufträgen an solche Firmen wird selten nachvollziehbar begründet. Die meisten Aufträge wurden für den ureigenen Bereich der Abteilungen vergeben, also für Bereiche, in denen die Fachkompetenz im Landesdienst ohnehin vorhanden ist. Die Abteilungen des Landes müssten grundsätzlich über die Kompetenz verfügen, das jeweilige Kerngeschäft, also die Aufgaben nach der Geschäftseinteilung, selbst zu erfüllen. Im Rahmen dieser Kernkompetenz sollten externe Experten eigentlich nicht oder nur in Ausnahmefällen notwendig sein. Der Landesrechnungshof empfiehlt dementsprechend auch dringend: „Der Aufbau von internem Know-how sollte vorrangig sein und nur in Ausnahmefällen externe Experten beigezogen wer-



Der Vorsitzende des Kontrollausschusses, KPÖ-LAbg. Werner Murgg

den.“ Jedenfalls sollten auch vor der Vergabe an Externe die Kosten sorgfältig mit dem erzielbaren Nutzen verglichen werden. Ein Antrag der KPÖ, dass das Land künftig nur mehr in begründeten Fällen Beratungsverträge vergeben kann, ist an der SPÖ-ÖVP-Mehrheit gescheitert.

## Werner Murgg: Arbeitsverweigerung von SPÖ und ÖVP

Die Frist zur Bearbeitung von Anträgen beträgt im steirischen Landtag laut Geschäftsordnung sechs Monate. Die „Reformpartnerschaft“ hat sich jedoch darauf verständigt, diese Frist einfach zu ignorieren und nur noch Anträge von SPÖ und ÖVP zu behandeln. Die übrigen Anträge werden von einem

Unterausschuss zum nächsten gereicht, ohne jemals behandelt zu werden. Das kritisierte KPÖ-LAbg. Werner Murgg am Rande der heutigen Beratungen in den Ausschüssen.

Aktuell liegen 26 Anträge unerledigt vor, die zum Teil schon am Anfang der Periode im Herbst 2010 von FPÖ, Grünen und KPÖ eingebracht wurden.

LAbg. Murgg: „Die Vorgangsweise der selbst ernannten Reformpartner ist undemokratisch und äußerst bedenklich. Missliebige Anträge werden einfach liegen gelassen und nicht bearbeitet. SPÖ und ÖVP verletzen durch ihre Arbeitsverweigerung im Landtag die Geschäftsordnung. Ich fordere die beiden Parteien auf, ihre Aufgabe ernst zu nehmen und den Landtag nicht zu einem reinen Vollzugsorgan von Voves und Schützenhöfer zu degradieren.“

## Voves und Schützenhöfer lassen Bevölkerung links liegen

### „Drüberfahren hat demokratische Diskussion ersetzt“

Bezeichnend für den Umgang mit der Bevölkerung ist die Vorgangsweise von Landeshauptmann Voves in der Debatte um die Zusammenlegung und Benennung der Bezirke Radkersburg und Feldbach. Nach dessen eigener Aussage in einem TV-Interview habe ihn die Sorge um die „Vulkanland“-Marke umgestimmt.

Die Proteste aus der Bevölkerung waren dem Landeshauptmann vollkommen egal. Auch der Wunsch vieler Menschen aus dem Bezirk Radkersburg, lieber mit Leibnitz zu fusionieren, wenn es schon zu einer Zusammenlegung kommt, wird von den selbst ernannten „Reformpartnern“ einfach ignoriert. Darauf

wies KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler hin.

„Leider kommt dem Landeshauptmann mittlerweile gar nicht mehr in den Sinn, dass man auch mit den Betroffenen vor Ort reden könnte und nicht nur mit den Wirtschaftslobbys. Wenn der Wert einer Produktmarke gefährdet ist, zögert Voves keine Sekunde. Wenn aber Zigttausende gegen die ungerechte Politik von SPÖ und ÖVP auf die Straße gehen, bekommen sie nicht einmal einen Gesprächstermin mit dem Landeshauptmann. Das autoritäre Drüberfahren in allen Bereichen hat längst die demokratische Diskussion ersetzt“, so die KPÖ-Abgeordnete.



Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877

5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gvat // DVR: 0600008

**Offenlegung:** Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.

Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

# Land verweigert Ehrenamtlichen eine Versicherung

## Klimt-Weithaler: Ehrenamtliche sind „Reformpartnern“ keine 90.000 Euro wert

Die Regierungsparteien schmücken sich gerne mit der Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen in der Steiermark. Laut Bericht des Sozialministeriums erbringen diese jährlich Leistungen im Wert von 1,5 Milliarden (!) Euro. Ein Versicherungsschutz für diese Personen würde Kosten von lediglich 90.000 Euro verursachen. Trotzdem lehnte die SPÖ-ÖVP-Mehrheit im steirischen Landtag heute einen entsprechenden Antrag der KPÖ ab.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Die Regierung verteilt gerne Sekt, Brötchen und auch Preise an die ehrenamtlich Tätigen und lässt keine Gelegenheit aus, deren Arbeit zu loben. Wenn es aber darum geht, die Ehrenamtlichen zu schützen, stellen sie sich taub. Dabei geht es um eine winzige Summe, wenn man sie den Leistungen gegenüberstellt, welche diese Menschen kostenlos erbringen. Wer sich im Rahmen einer ehrenamtlichen Tätigkeit mit Dauerfolgen verletzt, hat keinerlei

Absicherung durch die Allgemeinheit.“

In Vorarlberg, Oberösterreich und auch in der Landeshauptstadt Graz gibt es eine Versicherung für ehrenamtliche Tätigkeiten. Da das Land Steiermark die Kosten für die Grazer Ehrenamtlichen nicht mehr übernehmen müsste, würden Kosten in der Höhe von lediglich 90.000 Euro anfallen. Diese Zahl ergibt sich aus einer Anfragebeantwortung durch die Landesregierung im November 2011.

Klimt-Weithaler: „Heuer gibt

es bereits um 20% weniger Ehrenamtliche als im vergangenen Jahr. Ich habe in den letzten Monaten mit vielen Menschen, die in Vereinen tätig sind, gesprochen und von allen das gleiche gehört: Einerseits, dass es einen Rückgang bei den Freiwilligen gibt, weil ihnen das Risiko zu hoch ist und andererseits, dass es sich die Vereine selbst nicht leisten können, eine Versicherung für ihre HelferInnen abzuschließen – weil sie so starke Budgetkürzungen hinnehmen mussten.“

# Es reicht! GEBÜHRENSTOPP

### statt Teuerungsautomatik!

#### Landeshauptmann Voves! LH Stv. Schützenhöfer!

Die Teuerung bei Energie und bei kommunalen Abgaben (Kanal, Müllabfuhr, Wasser) ist höher als die offizielle Inflationsrate. Sie frisst die Lohn- und Pensionserhöhungen auf und verteuert die Wohnkosten.

Das ist die Folge von politischen Fehlentscheidungen. Beispielsweise wurde in Graz eine Tarifierhöhungsautomatik für Kanalgebühren, Müllabfuhr und Wasser beschlossen. Unter Landeshauptmann Voves hat es bereits sechs Strompreiserhöhungen gegeben.

Dagegen müssen wir uns wehren. Wasser- und Energieversorgung, eine funktionierende Abfallwirtschaft und weitere kommunale Dienstleistungen sind Voraussetzung dafür, dass ein Land lebenswert ist. Verkehrs-, Kultur- und Kommunikationsmöglichkeiten müssen für alle erschwinglich sein. Die demokratisch gewählten Politiker/innen sollten den verantwortungsbewussten Umgang mit der Daseinsvorsorge gewährleisten, statt den Anstieg der Armut zu fördern.

## Wir fordern: Gebührenstopp für Strom, Fernwärme, Gas, Heizöl, Kanalgebühren, Müllabfuhr und Wasser.

Name	Ort, Datum
Anschrift	Unterschrift
Name	Ort, Datum
Anschrift	Unterschrift
Name	Ort, Datum
Anschrift	Unterschrift

*Diese Unterschriftenaktion ist eine Initiative der KPÖ-Steiermark.*

Kontakt und Informationen: KPÖ-Steiermark Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Telefon (0316) 71 24 79, Web: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at), Mail: [a.fuchs@kpoe-steiermark.at](mailto:a.fuchs@kpoe-steiermark.at), Unterstützungserklärungen bitte an obenstehende Adresse senden oder bei den Aktivist/innen der KPÖ abgeben.

